TOP 3.3.1 OLG-Urteil: Unzulässige Auflösung in der Probezeit

Die Arbeitnehmerin teilte der Arbeitgeberin, einer Kinderbetreuungseinrichtung in der Rechtsform eines Vereines mit, dass sie an einem Seminar nicht teilnehmen könne, weil sie einen Termin beim Gynäkologen hat. Bei diesem Termin erfuhr die Arbeitnehmerin, dass sie schwanger ist.

Die Arbeitnehmerin wollte dies der Obfrau des Vereins persönlich mitteilen. Die Obfrau zeigte sich – wohl in der Vermutung der „drohenden“ Schwangerschaftsmeldung der Arbeitnehmerin – beschäftigt und war für die Arbeitnehmerin nicht zu erreichen. Die Arbeitnehmerin schickte der Arbeitgeberin daher die Schwangerschaftsbestätigung per E-mail.

Am selben Tag erhielt die Arbeitnehmerin eine Mitteilung über die Auflösung des Dienstverhältnisses in der Probezeit. Die Arbeitgeberin behauptete, dass sie von der Schwangerschaft der Arbeitnehmerin keine Kenntnis hatte. Die Auflösung sei aufgrund einer Vielzahl von Verfehlungen der Arbeitnehmerin aufgelöst worden. So hätte die Arbeitnehmerin unter anderem zu lange Fingernägel und sei unpassend (zu körperbetont) gekleidet gewesen. Weiters habe sie bewusst Anweisungen der Arbeitgeberin nicht ausgeführt und sich mit den KollegInnen nicht vertragen.

Mithilfe der AK klagte die Arbeitnehmerin erfolgreich auf Feststellung eines aufrechten Arbeitsverhältnisses.

Das Gericht konnte keine der vorgeworfenen Verfehlungen feststellen. Jedoch konnte das Gericht feststellen, dass die Obfrau des Vereins von der Schwangerschaft der Arbeitnehmerin wusste und die Auflösung des Arbeitsverhältnisses aufgrund der Schwangerschaft erfolgte.

Das Oberlandesgericht Wien hat das Urteil des Arbeits- und Sozialgerichtes Wien bestätigt (noch nicht rechtskräftig, Revision nicht zulässig).